

Anti-Kohle-Proteste im Juni 2019 im Rheinland: Wir sind solidarisch!

Die Regierungen dieser Welt haben in Paris beschlossen: Der Großteil der fossilen Energien muss im Boden bleiben. Denn die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas ist die Hauptursache der globalen Klimakrise. Sie verursacht Dürre und Hunger, Artensterben, Wetterextreme und Überflutungen. Millionen Menschen, besonders im Globalen Süden, bedroht der Klimawandel schon heute in ihrer Existenz und zwingt sie zur Flucht.

Ob es wirklich einen Wendepunkt in der internationalen Klimapolitik gibt, entscheidet sich auf der nationalen Ebene der Staaten, die historisch wie aktuell die größten Verursacher der Klimakrise sind. Ein zügiger Kohleausstieg in Deutschland ist eine der Voraussetzungen dafür, dass die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad bzw. 1,5 Grad begrenzt werden kann, wie es die Weltgemeinschaft mit dem Pariser Abkommen festgelegt hat. Doch die Regierung versagt beim Klimaschutz: Die CO₂-Emissionen sind seit Jahren nicht gesunken. **Zwanzig weitere Jahre Kohle-Verbrennung sind mit dem Pariser Klimaabkommen nicht vereinbar. Wir fordern, dass der Hambacher Wald und die derzeit noch bedrohten Dörfer erhalten bleiben.**

Gegen die zerstörerische Braunkohle wehren sich seit langem Menschen vor Ort im Rheinland ebenso wie Umweltverbände und andere Organisationen. Sie fordern einen nachhaltigen Strukturwandel für die Kohlereviere und zukunftsfähige Arbeitsplätze statt Kohleindustrie, denn eines ist sicher: Die Kohleverstromung hat keine Zukunft! Gleichzeitig verstehen sich immer mehr Menschen als Teil einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit und fordern, dass nicht länger einige wenige Menschen von dem Wohlstand profitieren, der mit fossilen Energien erzeugt wird, während viele andere unter den Folgen leiden. Mit "Fridays for Future" hat sich weltweit eine ganze Generation zusammengeschlossen, um für ihre Zukunft und gegen die Klimakrise zu kämpfen.

Wir, die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen, sind erschüttert über die Tatenlosigkeit der Bundesregierung inmitten der größten Krise der Menschheit. **Wir können es angesichts der drohenden Klimakatastrophe nachvollziehen, wenn sich Menschen zum zivilen Ungehorsam gegen den Kohleabbau gezwungen sehen.** Der Aktions-Konsens von "Ende Gelände" betont Sicherheit und Transparenz für alle Beteiligten und schließt die Zerstörung von Infrastruktur und eine Gefährdung von Menschen aus. Ziviler Ungehorsam gegen existentielle Gefahren und Missstände hat eine lange und bedeutende demokratische Tradition. So würde es ohne den – auch ungehorsamen – Widerstand gegen Atomkraft keinen Atomausstieg geben. Die entschlossene, aber friedliche Aktion "Ende Gelände" in den vergangenen Jahren hat diese Tradition eindrucksvoll aufgenommen.

„Ende Gelände“ ist ein aufrüttelndes Signal zum Ausstieg aus einer zerstörerischen Technologie und für den globalen Erhalt der Umwelt. Die Aktion ist ein Ausdruck der Solidarität mit den Menschen, die schon heute gegen die Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen kämpfen müssen, mit denen, die in Zukunft am meisten betroffen sein werden und mit allen, die weltweit für eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten eintreten. **Daher erklären wir uns solidarisch mit allen Menschen in ihrem friedlichen Protest gegen die Kohle.**

Unterzeichner*innen

